

II - 1227 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 669 /J

1984-04-10 A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Reinhart, Weinberger, Wanda Brunner,
Dr. Lenzi, Dipl.Vw. Tieber, Mag.Guggenberger
und Genossen

an den Bundesminister für Soziale Verwaltung

betreffend Sozialversicherungsbeiträge und Insolvenz=
verfahren - Zustimmungsmöglichkeit von
Sozialversicherungsträgern zu Ausgleichs =
verfahren

Mit dem Insolvenzänderungsgesetz ist die bevorzugte Stellung für die Sozialversicherungsträger im Konkurs- und Ausgleichsverfahren weggefallen. Die Sozialversicherung muß nun ihre Beitragsforderung gleichrangig mit den anderen Gläubigern geltend machen. Um die dadurch zu erwartenden Mindereinnahmen für die Sozialversicherung auszugleichen, wird eine Neu = regelung wirksam, derzufolge die Sozialversicherungsträger beim Insolvenzentgeltsicherungsfonds (IEESG) zumindest die Dienstnehmeranteile zur gesetzlichen Sozialversicherung ein = fordern können, wenn ein Betrieb insolvent geworden ist bzw. wenn ein Konkursantrag mangels Vermögens abgelehnt wird. Ob damit der Einnahmenentfall gegenüber der bisherigen Regelung wettgemacht wird, kann derzeit noch nicht festgestellt werden.

Eine andere wesentliche Zielsetzung der Insolvenzrechts = änderung war es, mit dem neu konstruierten Ausgleichsverfahren ein Sanierungsinstrument zu schaffen, welches wirtschaftlich lebensfähige, aber durch unvorhersehbare widrige Umstände in Zahlungsschwierigkeiten gekommene Betriebe am Leben erhalten hilft.

Dem gegenüber erfolgt nach herrschender Praxis der Sozialversicherungsträger kein Verzicht auf fällige Sozialversicherungsbeiträge; eine Abschreibung wird nur dann als möglich erachtet, wenn Sozialversicherungsbeiträge uneinbringlich sind. Dies wird damit begründet, daß gemäß § 59 Abs.2 ASVG wohl Verzugszinsen, die auf Beitragsschuldigkeiten angefallen sind, vom Versicherungsträger herabgesetzt oder nachgesehen werden können, daß jedoch eine gleichartige Aussage bezüglich der eigentlichen Sozialversicherungsbeiträge im Gesetz fehlt. Mit diesem argumentum e contrario versuchen die Sozialversicherungsträger zu beweisen, daß ein Verzicht auf Sozialversicherungsbeiträge rechtlich unzulässig ist.

Diese auf das Gesetz bezogene Praxis der Sozialversicherungsträger führt aber die vorerwähnte Zielsetzung der Insolvenzrechtsänderung im Bereiche des Ausgleichsrechtes ad absurdum. In der überwiegenden Zahl der Fälle kommt ein Ausgleich gar nicht zustande, wenn die Sozialversicherung nicht dafür stimmt. Die Zustimmung würde aber wiederum einen - zumindest teilweisen - Verzicht auf Sozialversicherungsbeiträge bedeuten, der nach der derzeitigen aufgezeigten Praxis unzulässig ist.

In der Praxis mehren sich die Fälle, wo es wirtschaftlich sinnvoller wäre, den Eintritt einer Insolvenz zu verhindern - und damit in den Genuß zumindest eines Teiles der fälligen Sozialversicherungsbeiträge zu gelangen - als die Insolvenz zuzulassen bzw. anzuordnen und damit unter Umständen für beide Interessententeile ein schlechteres Ergebnis herbeizuführen. Die diesbezügliche Abschätzung müßte im Einzelfall in der Verantwortung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung getroffen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e n :

- 1) Deckt sich die derzeitige Praxis der Sozialversicherungsträger im Bereiche des Ausgleichsrechtes mit den Zielsetzungen des Insolvenzänderungsgesetzes ?
- 2) Ist mit einem baldigen Vorschlag des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung für eine Gesetzesänderung zu rechnen, wonach Sozialversicherungsträger unter bestimmten Voraussetzungen im Sinne der Erhaltung eines Betriebes und einer vertretbaren Einnahme fälliger Sozialversicherungsbeiträge der Einleitung eines Ausgleichsverfahrens zustimmen können ?